

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Leipzig 28614

Ercheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 3 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Bestellungen monatlich 4.50 M., durch einen Nachzügler getragen in der Stadt monatlich 3 M., auf dem Lande 3.50 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 12.25 M., mit Zustellungsgebühr. Alle Postkonten und Postämter stellen unsere Nachzügler und Geschäftsstellen nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezugsnehmer seinen Nachzügler auf Lieferung der Zeitung über die Zeitungsbekanntmachung zu versetzen.



Vertriebspreis 1 M. für die 6-seitigen Sonntagsblätter über deren Raum, Restraum, die 2-seitigen Sonntagsblätter 2.50 M. Bei Abrechnung und Jahresabschluss entsprechend Preisnachlass. Bekanntmachungen in amtlichen Zeitungen sind von den Verlegern der Wilsdruffer Sonntagsblätter 3 M., Nachwechungsblätter 10 M., Anzeigenblätter 10 M. zu zahlen. Jeder Anzeigener ist verpflichtet, die Wichtigkeit der durch denselben übermittelten Nachrichten mit dem Verleger zu besprechen. Jeder Anzeigener ist verpflichtet, wenn der Beitrag durch die Redaktion eingezogen werden muß oder der Anzeigener in Anspruch genommen wird, die Kosten zu zahlen.

Ercheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Charandt. Verleger und Drucker: Arthur Zichunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Kästig, für den Anzeigenteil: Arthur Zichunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 157.

Freitag den 8. Juli 1921.

80. Jahrgang.

Amtlicher Teil.

Einmachzucker.

In der Zeit vom 4. bis 20. Juli 1921 gelangen weitere 2 Pfund Einmachzucker je Kopf der Bevölkerung zur Verteilung. Die Ausgabe erfolgt auf den auf der Stammliste befindlichen Buchstabenabschnitt „U“ der Normalzuckerkarte Reihe 21. Näheres ist aus der Bekanntmachung des Wirtschaftsministeriums, Landeslebensmittelamt vom 1. Juli 1921, abgedruckt Sächsische Staatszeitung Nr. 152, die bei den Gemeindebehörden ausliegt, ersichtlich.

Meißen, am 6. Juli 1921. Nr. 821 b II F. Die Amtshauptmannschaft.

Die Vorstände und Ärzte der Krankenkassen des Bezirks werden erneut

an die Verordnung des Ministeriums des Innern vom 28. Februar 1913 erinnert und aufgefordert, alle infolge der Einwirkung von Blei, Phosphor, Arsen oder Quecksilber bei Rassenmitgliedern vorkommenden Erkrankungen gewerblicher Angestellter und Arbeiter der Amtshauptmannschaft sogleich nach Eintritt des Erkrankten in ärztliche Behandlung anzugehen.

Wird die Krankheit erst später erkannt, so ist die Anzeige sogleich nach Feststellung der Krankheitsursache nachzuholen.

Anzeige ist auch dann zu erstatten, wenn die Erkrankung eine dauernde oder vorübergehende Arbeitsunfähigkeit des Betroffenen nicht zur Folge hat.

Meißen, am 1. Juli 1921. Nr. 572 VII. Die Amtshauptmannschaft.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Aus London wird die Nachricht verbreitet, in Russland sei für den nächsten Monat ein neuer weicher Aufstand zu erwarten. Die Führer erheben Frankreichs und Amerikas Unterstützung.
- * Das spanische Ministerium hat dem König seinen Rücktritt infolge Unfähigkeit in der Wiederberufung nach den Erschütterungen durch die Arisierungskrise unterbreitet. Der König sprach dem Kabinett erneut sein Vertrauen aus.
- * Vom Bericht aus Syrien ist das griechische Meer, das den dortigen Fronten befeht, zerbrüt.
- * Die Auflösung des deutschen Reiches in Oberdeutschland, der am 3. Juli das gesamte Gebiet anrührt, wird von Wien aus durch General Hofer geleitet. Der Auflösungsbericht ist bereits ergangen.
- * In das Arbeitszimmer des Präsidenten der Republik Peru, Legua, wurde von einem vorbeifahrenden Automobil aus eine Bombe geworfen. Der Präsident war jedoch nicht angekränkt.
- * Aus Tokio wird gemeldet, daß die japanischen Truppen bei Kantonfolosow in Offensiven von Bolschewisten überfallen wurden. Es kam zu ersten Kämpfen. Die Bolschewisten haben die Stadt Ochoff befeht.
- * Die Remonten sollen in Amarsch auf Konstantinopel sein. In den Kreisen der Westmächte regt man an, den Rumänen die Verteidigung Konstantinopels zu übertragen.

Die Türksifizierung Deutschlands

Nachdem die Türkei im Jahre 1876 einen Staatsbankrott erlitten hatte, wurde einige Jahre später aus Anlaß der andauernden finanziellen Verzerrung im osmanischen Reich eine internationale Finanzkontrolle in Konstantinopel eingerichtet, die bis zum Beginn des Krieges bestand und eine Quelle fortwährender Reibungen bildete. Angesichts der Verlotterung des damaligen türkischen Staatswesens war die Aufrechterhaltung dieser sogenannten „Kapitalisation“ jedoch eine Notwendigkeit, denn wenn die europäischen Staaten nicht selbst die wichtigsten Einnahmequellen der Türkei, besonders die Zölle unter ihrer Aufsicht gehabt hätten, wäre keinerlei Aussicht auf eine auch nur teilweise Wiederherstellung der für damalige Zeiten ungewöhnlich hohen türkischen Staatsfinanzen vorhanden gewesen. Das System der Beaufsichtigung von Staatseinnahmen stellt aber selbstverständlich einen schweren Eingriff in die innere Verwaltung und damit in die Staatshoheit eines Landes dar und ist infolgedessen nur im Falle der unumgänglichen Notwendigkeit zu rechtfertigen. Wenn man dabei von Seiten der Entente jetzt daran gehen will, die gleichen Methoden gegen Deutschland anzuwenden, so muß dagegen der schärfste Einspruch erhoben werden. Deutschland hat trotz seines schweren Zusammenbruchs so viel Kraft und Flexibilität zum Wiederaufblühen und so viel guten Willen zur Abtragung der übernommenen Verpflichtungen bewiesen, hat vor allem bereits so bedeutende Zahlungen an die Verbandsstaaten geleistet, daß nicht die geringste Ursache zu der Befürchtung besteht, daß es künftig in der Erfüllung seiner finanziellen Aufgaben in Rückstand kommen würde, wenn man ihm nicht Kontrollen in seine wichtigsten Ämter legt, die darüber wachen sollen, daß auch wirklich jede Staatseinnahme in erster Linie für die Bezahlung der schuldigen Forderungen benutzt wird. Ein solches Verfahren kann nur dazu führen, daß das Verantwortungsgefühl untergraben und der Wille zum Aufstieg, der bei uns ja nun einmal über den Versuch zur Erfüllung des Ultimatus geht, gelähmt wird. Deutschland darf nicht dulden, daß es „türksifiziert“ wird, denn die inneren Verhältnisse des starken und leistungsfähigen 60-Millionen-Volkes, das nach wie vor ein unentbehrlicher Faktor in der Weltwirtschaft ist, können in keiner Weise mit den Zuständen des Verfalls verglichen werden, die vor dem Kriege in der alten Türkei herrschten.

Die neuesten Beschlüsse des seit dem Londoner Ultimatum eingesetzten „Garantiekomitees“, einer Unterabteilung der großen Reparationskommission, scheinen aber tatsächlich auf eine solche „Türksifizierung“ Deutschlands hinauszulaufen. Wie legt auf dem Umwege über England bekannt wird, ist die Aufgabe dieser Kommission tatsächlich nichts anderes, als eine vollständige Oberaufsicht über die deutsche Verwaltung auf dem Gebiet der Finanzen und der Zölle. An der Spitze der Zollabteilung wird ein französischer Beamter stehen mit dem Aufenthaltsort in Berlin. Er hat einen Stab von Beamten bei sich mit dem Recht zur Inspektion aller Zollämter und zur Nachprüfung

der Einnahmen, die bei der deutschen Zentralverwaltung einfließen. An der Spitze der Finanzabteilung wird sich immer noch den Mitarbeitern der „Times“ — ein Fachmann befinden, dessen Aufgabe es sein wird, die deutsche Verwaltung im ganzen zu überwachen. Diese Beamten sollen mit einer weitgehenden Vollmacht versehen werden.

Die Kommission hat bereits getrennte Finanzentwürfe für das Jahr 1921/1922 einerseits und für die folgenden Jahre andererseits aufgestellt. Die diesjährigen Zahlungen betragen 2 Milliarden Goldmark, zahlbar in vier Vierteljahreszahlungen von je 500 Millionen Goldmark und ebenso vierteljährliche Zahlungen auf Grund der 26 prozentigen Ausfuhrabgabe. Die Ablieferungen an Waren werden für dieses Jahr auf 1200 Millionen Goldmark angesetzt, der Zollbetrag auf 200 Millionen Goldmark, während die 26 prozentige Ausfuhrabgabe 1100 Millionen Goldmark erreichen dürfte. Der Gesamtbetrag, den Deutschland mit Ende des am 30. April 1922 beendigten Rechnungsjahres zu leisten hat, beläuft sich auf 2 Milliarden 650 Millionen Goldmark. Hieron sind 2 Milliarden 350 Millionen Goldmark bereits in Sicht (in sight), 300 Millionen Goldmark müßten also noch aufgebracht werden. Das soll die bereits vorbereitete neue Steuern geschehen.

Für die Zukunft, so meint die Kommission, kann der Betrag der deutschen Zahlungen nur schätzungsweise ins Auge gefaßt werden. Die Kommission nimmt aber an, daß er 1900 Millionen Goldmark betragen wird. Mit den festen Jahreszahlungen von 2 Milliarden Goldmark ergibt sich eine Summe von 3300 Millionen Goldmark. Die „in Sicht“ stehenden Einnahmen, zusammengesetzt aus Lieferungen, der 26 prozentigen Abgabe, den Zolleinnahmen usw. bleiben um 650 Millionen Goldmark hinter dem Betrag von 3300 Millionen zurück. Diese 650 Millionen sollen nun nach der Ansicht der Kommission durch Steuern auf Opioiden, Zucker, Tabak, Branntwein, Rohle und die Umsatzsteuer aufgebracht werden. Die deutsche Schätzung dieser Erträge beträgt 1660 Millionen Goldmark, und die Garantiekommission schlägt nun vor, 50 Prozent der Einnahmen zur Zahlung von Reparationslieferungen vorzumerken.

Die Garantiekommission hat den Plan, immer zwei Monate vor dem Betrag der Vierteljahreszahlungen zu bestimmen, der nach den drei vorangegangenen Monaten berechnet wird. Die Zolleinnahmen, die eine der „Hauptgarantien“ bilden, sollen jeden Monat bei den Banken, die von der Kommission zu bestimmen sind, eingezahlt werden.

Man sieht diesem Projekt auf den ersten Blick an, daß es ohne jede Rücksicht auf den inneren Finanzbedarf Deutschlands entworfen ist und nichts anderes als einen Versuch bedeutet, Deutschland trotz seines fast über unsere Kraft hinausgehenden armen Willens zur freiwilligen Leistung neuer Steuern anzuhalten. Man kann übrigens annehmen, daß auch hier nichts so leicht möglich wie gelohnt wird.

Die Teilung Oberschlesiens.

Deutschen eingeschlossen und gesperrt.

In Paris soll man nun auch den Plan auf eine nur einstweilige Lösung der ober-schlesischen Frage aufgeben haben und eine endgültige Regelung durch den Obersten Rat für notwendig halten. Die nächste und entscheidende Sitzung des Obersten Rates soll nunmehr nicht in Boulogne stattfinden. Vielmehr werde man in Brüssel zusammenzutreten, um dort über Oberschlesien und die Märzanktionen zu beraten.

Hindenburg, Königshütte und Kattowitz deutsch?

Als endgültig befestigt betrachtet man in Paris angeblich die Teilungslinie des französischen Oberkommissars General Le Rond.

Die neue von Frankreich befürwortete Linie deckt sich im wesentlichen mit der sogenannten zweiten Linie des Grafen Sforza. Diese würde Hindenburg, Königshütte und die Stadt Kattowitz bei Deutschland belassen.

Frankreich werde nun auf der Forderung des Obersten Rates eine derartige Lösung vorschlagen, falls nicht bis zur Konferenz Ereignisse eintreten, welche die Beschlüsse in letzter Stunde nach anderer Richtung ablenken.

Zwei Drittel an Deutschland, eines an Polen

Auch in Berliner Entente-Kreisen wird behauptet, daß die Entscheidung über Oberschlesien nahe bevorstehe und daß über die Grundlagen der beabsichtigten Teilung bereits Einigkeit erzielt sei. Danach sollen vom gesamten Ab-

stimmungsgebiet etwa zwei Drittel an Deutschland und ein Drittel an Polen kommen. Die Kreise Oppeln, Kreuzburg, Rosenberg, Ratibor, Lublitz, Oberglogau, Cosel, Leobschütz, Groß-Strehlitz, Königshütte, Hindenburg, Steinitz und Stadt Kattowitz sollen deutsch bleiben, während die Kreise Pleß, Rybnitz, Kattowitz-Land, Weisthen und Tarnowitz polnisch werden sollen. Bei dieser Regelung würden nicht weniger als drei Viertel des Industriezentrums von Deutschland losgerissen.

Man behauptet in den erwähnten Entente-Kreisen, daß die Teilung des gesamten Gebietes im Verhältnis der Einwohnerzahl von 1:2 ungefähr dem Abstimmungsresultat entspreche und sogar noch zugunsten Deutschlands anfalls, verschweigt aber, daß die unerhörte Zerteilung des Industriezentrums nicht nur dem Abstimmungsresultat geradezu zuwiderläuft, denn bekanntlich haben alle großen Industriezentren starke deutsche Mehrheiten gehabt, sondern auch einen Eingriff in die wirtschaftlichen Zusammenhänge bedeutet, der geradezu vernichtend wirken muß und der Deutschland seiner wichtigsten und wertvollsten Quellen beraubt, aus denen uns erst die Mittel zur Leistung unserer Reparationsverpflichtungen fließen sollen. Daß man sich auf Seiten der Entente stillschweigend dieses Unlandes bewußt ist, beweist die weitere Vereinbarung, daß Verträge über eine Entschädigung Deutschlands eingeleitet werden sollen, mit dem Ziele, daß Polen einen Teil der ober-schlesischen Kohlenaubente bis auf weiteres an Deutschland liefern und einen kleinen Anteil der deutschen Reparationslasten übernehmen soll. Auch darüber ist man sich klar, daß die Gefahr besteht, das Industriezentrum unter polnischer Herrschaft bald in schwereren wirtschaftlichen Verfall geraten. Deshalb behalten sich die Alliierten eine Kontrolle in den an Polen abzutretenden ober-schlesischen Gebieten vor, und sie beabsichtigen sogar, falls es sich als nötig erweisen sollte, diese Gebiete in eigene Verwaltung zu nehmen.

Französische Gewalt Herrschaft in Weisthen.

Die deutschen Parteiführer und Gewerkschaftsführer beschlossen Dienstag einen Aufruf, der zur Ruhe und Besonnenheit mahnt und Bedauern über die Vorfälle ausdrückt. Ferner sollte sich ein Vierterauschuß zum französischen Kreiskontrollrat begeben, um Vorkstellungen gegen die Sperrung des Straßenverkehrs und die Verschwendung von Geiseln zu erheben. Bevor jedoch der gewählte Vierterauschuß sich zum Kreiskontrollrat begeben konnte, wurden die Herren verhaftet. Ferner sind verhaftet außer dem ersten Bürgermeister Stadtrat Kasperowicz, Polizeidirektor Wender, Verlagschef Bloch als Ersatz für den verschwundenen Vater, Stadtrat Krüger, Gymnasialdirektor Fialdick, Stadtrat Trappe, Oberstaatsanwalt Gorkow. Mehrere der als Geiseln festgenommenen waren nicht mehr aufzufinden.

Die Stadt ist nach wie vor von französischen Posten umstellt und jeglicher Zu- und Ausgang verboten. Der Zugverkehr ist vollkommen eingestellt. Die Straßenbahnen des Industriegebietes verkehren nur bis an die Grenzen der Vorkäbe heran.

In den Kreisen der diplomatischen Entente-Missionen in Berlin glaubt man, daß weitere internationale Verhandlungen nicht entstehen werden, sondern der ganze Vorgang in Weisthen als ein lokales Ereignis aufgefaßt und behandelt werden wird. Auch aus Paris hört man, daß französische Außenministerium siehe auf dem Standpunkte, es handele sich in Weisthen lediglich um eine Vollziehangelegenheit von lokalem Charakter. Die Verantwortung könne kein vernünftiger Mensch der deutschen Regierung zuschieben.

Vor einem vierten Polenaufruf?

Die über die Grenzen zurückgezogenen polnischen Infanterieverbände halten militärische Übungen ab und bleiben fest geschlossen. Die im Aufstandsgebiet zurückgebliebenen Insurgenten und Hallerjohndaten sind nur bis zum 17. Juli beurlaubt. Auch bezügl. der Hallerjohndaten ihre Lehnung weiter. Ihnen ist ausgedehnt worden, sich für den baldigen Auf bereitzuhalten. Es verlautet, daß dieser vierte Aufruf bereits am 10. Juli mit einem Streik beginnen soll, der sich zu einem Generalstreik ausdehnt, um dann am 17. Juli, wenn die ersten Nachrichten aus Paris eintreffen, den neuen Aufruf zu einleiten. In den Wäldern von Heilwig wimmelt es von schwer bewaffneten Aufständischen. In den Kreisen Rybnitz und Ratibor haben sie an verschiedenen Orten die Gewalt wieder an sich gerissen. Die Bevölkerung flieht in Massen.

Wirtschaftlicher Unsinn.

„Die Sanktionen erschweren jede Arbeit.“

Reichskanzler Dr. Brüning äußerte sich zu einem rheinischen Pressevertreter über verschiedene politische Fragen. Dabei kamen auch die Anregungen in französischen Zeitungen zur Sprache, die auf eine nur stückweise Aufhebung der Sanktionen etwa in der Form hinarbeiten, daß zunächst nur die Zollgrenze beseitigt, die Befestigung der drei Städte Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort aber aufrecht erhalten werden soll. Der Kanzler erklärte dazu u. a.: Diese Politik macht keinen Sinn. Die Sanktionen sind ein Mittel, um zu einer Verständigung zu kommen. Bei dieser Arbeit aber stößt man ständig auf die Schwierigkeiten, die einzig und allein durch die Sanktionen hervorgerufen werden. Das ist um so schmerzlicher, als wir mit dem Ultimatum finanzielle Pflichten übernommen haben, die wir nur dann erfüllen können, wenn wir wirtschaftlich freie Bahn haben. Bedenken Sie nur das eine: Von der von Deutschland geforderten ersten Milliarde Goldmark ist auf den 31. August ein großer Teil noch zu decken. Wie sollen wir diese Summe aufbringen, wenn uns gerade in den wichtigsten wirtschaftlichen Gebieten die wichtigste Ressource entzogen wird?

Das „Loch im Westen“

Es wieder offen, Auslandswaren kommen herein, die doch auch wieder mit den von uns selbst so sehr benötigten Devisen bezahlt werden müssen. Die Banken im besetzten Gebiet sind für unsere Kontrolle nicht erreichbar usw. Als wir die Verpflichtung übernahmen, das Ultimatum zu erfüllen, da hätte man uns freie Hand geben müssen; dies wäre ein machtvoller Impuls für das deutsche Volk gewesen, seine Leistungsfähigkeit auf das Äußerste zu steigern. Die Zurückziehung der Sanktionen hätte die Demokratie in Deutschland gestärkt; statt dessen drohen sich die Sanktionen auch heute noch wie ein Moloch über alles zu legen, was an neuen Trieben des deutschen Wiederaufbaus vorhanden ist. Die Sanktionen erschweren jede Arbeit der Regierung, sie sind geradezu eine Sabotage von außen her. Die Zölle sind schon allein für sich ein wirtschaftlicher Unsinn.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Frankreich bereitet nach Pariser Verhandlungen eine Bestellung von 500 Lokomotiven, 1000 Waggons und 2500 Eisenbahnwagen in Deutschland vor. Das wird die erste wichtige Bestellung in feindlichem Lande seit dem Krieg sein. Die Verhandlungen werden am 11. Juli abgeschlossen werden, wenn die deutschen Delegierten Bergmann und Guggenheim ihre Unterredungen wiederaufnehmen werden. Man erwartet auch vor endgültiger Unterzeichnung des Abkommens eine Bestellung auf eine große Zahl transportabler Häuser.

Polen will das Remeggebiet.

In letzter Zeit beschäftigt sich die polnische Presse in auffälliger Weise mit dem Remeggebiet. Der Krakauer „Gazet“ bringt jetzt die sensationelle Meldung, der zufolge der Remeger Senat Schritte unternommen habe, um den Ankauf des Remeggebietes an Polen, der allein dem Remeggebiet eine gedeihliche kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung sichern könne, herbeizuführen. In ernüchterten Kreisen hält man diese Nachricht für eine plumpe polnische Placke, um weiteren politischen Ausdehnungsbestrebungen die Wege zu bereiten.

Grovenes Verhandlungen mit Bayern

Die Besprechungen des Reichsverkehrsministers mit dem bayerischen Ministerpräsidenten v. Rahr in München, an denen der Handelsminister Hamm und der Staats-

sekretär Dr. Schöberl teilnahmen, haben ein beide Teile befriedigendes Ergebnis gehabt. Das Weiterbestehen der hiesigen Zweigstelle des Reichsverkehrsministeriums und ihrer Selbständigkeit ist dadurch gesichert worden. Im Laufe der Besprechungen teilte der Reichsverkehrsminister auch mit, daß die Einleitung der Main-Donau-Kanal in der nächsten Zeit entschieden werden soll.

Ausgleichsforderungen deutscher Gläubiger.

Das Reichsausgleichsamte erklärt, daß nach einem vor kurzem getroffenen Abkommen Forderungen im zwischenstaatlichen Ausgleichsverfahren bis zum 30. September 1921 geltend gemacht werden können. Damit ist denjenigen deutschen Gläubigern, welche aus irgendeinem Grunde versäumt haben, ihre Ausgleichsforderungen rechtzeitig anzumelden, jetzt Gelegenheit gegeben, das Versäumte nachzuholen. Eine Geltendmachung von Ausgleichsforderungen nach dem 30. September 1921 dürfte ausgeschlossen sein. Gläubiger, die es unterlassen, ihre nach dem Versailler Friedensvertrag zu regelnden Ausgleichsforderungen anzumelden, setzen sich der Gefahr der Verstrafung aus.

Zweckmäßigkeit für Reichstagsabgeordnete.

Von Mitgliedern aller Parteien ist der Antrag gestellt worden, den Abgeordneten einen Zweckmäßigkeitsschlag zu ihren Aufwandsentschädigungen zu gewähren, und zwar von monatlich 500 M. für die Berliner und von 1000 M. für die übrigen Abgeordneten, für die Aufwandsentschädigungen von 20 bzw. 35 M. Entsprechend werden auch die Abzüge für das Fehlen erhöht. Damit erhöht sich die Aufwandsentschädigung der Reichstagsabgeordneten auf 2000 M. bzw. 2500 M. monatlich und 70 bzw. 85 M. für jede Anwesenheit an einem Tage, wo keine Vollversammlung stattfindet.

Russ In- und Ausland.

Stendal. Nachdem die sozialistische Stadtverordnetenmehrheit ihre Resolution niedergelegt und dadurch die Vollstreckung der Stadtverordnetenversammlung herbeigeführt hat, hat das bremische Staatsministerium die Stadtverordnetenversammlung für aufgelöst erklärt.

Jamburg. Der Vorsitzende des Aktionsausschusses der baltischen Bauernverbände, Paul Miller, ist wegen seiner abweichenden Meinung in der Frage der Teilnahme an der sozialdemokratischen Partei ausgeschieden.

Deutscher Reichstag.

(182. Sitzung.) C. B. Berlin, 8. Juli.

Der Entwurf des deutsch-böhmischen Abkommens, betreffend den Friedensvertrag, wurde in allen drei Lesungen angenommen, ebenso das Gesetz, betreffend die Abänderung des Reichsbeamtengesetzes von 1873. Bei dem Gesetzentwurf über die Regelung der im Handelsgelehrbuch und in der Gewerbeordnung bei der Regelung des Dienstverhältnisses der Handelsgehilfen und technischen Angestellten vorgesehenen Gehaltsgränze beantragte der Ausschuss unbedingte Annahme. Die bisherige Gehaltsgränze soll von 5000 Mark auf 30 000 Mark erhöht werden. Das Gesetz sowohl wie auch die Entschädigung wurden ohne weitere Erörterung in zweiter und dritter Lesung angenommen. Daran wurde der Entwurf über die anderweitige Festlegung der

Beiträge und Beiträge in der Invalidenversicherung in zweiter und dritter Lesung behandelt. Der Ausschuss beantragte eine Einteilung in 8 Klassen in der bekannten Stufenfolge von 1000 bis 15 000 Mark. Bis zum 31. Dezember 1926 sollen pro Woche die Beiträge betragen: in Klasse 1 2,50 Mark, in Klasse 2 4,50 Mark, in Klasse 3 5,50 Mark, in Klasse 4 6,50 Mark, in Klasse 5 7,50 Mark, in Klasse 6 9 Mark, in Klasse 7 10,50 Mark, in Klasse 8 12 Mark. Nach längerer und eingehender Erörterung wurden die grundsätzlichen Bestimmungen der Vorlage in der Ausschlußsitzung unter Ablehnung der Abänderungsanträge angenommen. Hierzu wurde ferner ein Antrag angenommen, wonach Kriegsteilnehmern die Kriegszeiten nach Lohnklasse 2 angerechnet werden soll. Hieran wurde der Gesetzentwurf, betreffend die Gebühren der Rechtsanwältinnen und Gerichtsvollzieher, in zweiter und dritter Lesung angenommen. Hieran folgte der Gesetzentwurf, betreffend die Wochenhilfe und Wochenfürsorge. Der Ausschuss hat die Beiträge erhöht und die Befristung des Ausschusses waren einstimmig nach

erzogen Auseinandersetzungen wurden Anträge der Unabhängigen auf weitere Erhöhungen dem sozialpolitischen Ausschuss überwiesen. Der Entwurf wurde angenommen.

Widerrücknahme gegen Dr. Schiffer abgelehnt

Es folgte die Abstimmung über das von dem Abg. Adolf Hoffmann gegen den Reichsjustizminister beantragte Widerstandsverbot. Der Antrag wurde gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten abgelehnt.

Die Vorlage über die Gewährung von Beihilfen an Rentempfänger aus der Angestelltenversicherung wurde nach kurzer Auseinandersetzung angenommen. Der Ausschuss für Pensionspolitik beantragte beim Wiederzusammentritt des Hauses einen Gesetzentwurf gegen den Alkoholismus vorzunehmen und dem Überhandnehmen von Bars, Pfelen, Likören und den sogenannten Familienrestaurants in den oberen Stockwerken entgegenzutreten. Die Beratung wurde einstweilen vertagt, man nahm den Nachtragsetrat zum Reichshaushaltsplan für 1921 vor und der Reichskanzler nahm das Wort.

Das Steuerprogramm der Regierung.

Der Kanzler ging auf die Einzelheiten des Haushalts ein. Die Ausgaben des ordentlichen Haushalts betragen 43,5 Milliarden, die des außerordentlichen 10 Milliarden, davon sind 10 Milliarden für die Ausführung des Friedensvertrages angelegt. Der Reichskanzler teilte mit, daß ein Etat für Konventionen geschaffen wird, in den ein großer Teil des außerordentlichen Etats übergeführt wird. Auch wies der Reichskanzler darauf hin, daß sich unter unseren Ausgaben 3 Milliarden für Lebensmittelmittel befinden. Große Unzufriedenheit wird in die Frage, wie wir unsere Verpflichtungen weiter nachkommen können, durch die Höhe der Prozentigen Abgabe von unserer Ausfuhr und durch die Höhe des Entwertungsfaktors des deutschen Geldes gebracht. Es ist klar, daß wir unsere Verpflichtungen nicht nachkommen können, wenn der Wert unseres Geldes dauernd dem Abwande zugeführt wird.

Wenn sich der Wert unseres Geldes einigermaßen auf der gegenwärtigen Höhe hält, so werden die 3,3 Milliarden Goldmark, die wir für Reparationsleistungen jährlich aufbringen müssen, ungefähr 40 bis 50 Milliarden Papiermark ausmachen. Dringend notwendig ist es, daß die Kosten der Befragung im Westen heruntersetzt werden. Die indirekten Steuern müssen ebenfalls im großen Umfang ausgebaut werden, aber mit Rücksicht auf die große Belastung des Volkes muß auch die direkte Besteuerung weiter ausgebaut werden, soweit sie noch ausbaufähig ist. Der Minister bemerkte, daß in der Finanzpolitik vor allem eine gewisse Kontinuität wichtig sei. Er erklärte übereinstimmend mit seinen am Morgen des heutigen Tages im Reparationsausschuss des Reichswirtschaftsrates abgegebenen Äußerungen:

Aus der Einkommensteuer können höhere Beiträge herausgezogen werden. In Aussicht genommen ist eine Befreiung der sogenannten Nachkriegsgewinne, ferner ein Ausbau der vorhandenen Besitzsteuer, weiter u. a. eine Vermögenssteuer, eine Kraftfahrzeugsteuer und andere kleinere Steuern, sowie ein Ausbau der bestehenden Besteuerung auf Tabak, Bier, Branntwein usw. Als besonders wichtig bezeichnete der Minister die Veredelung des Reichsnotopfers, da sich bei Erhebung dieser Steuer durch die Entwertung der Mark erhebliche Verschiebungen eingestellt haben, so daß Besitzer von Regimentern weit günstiger gestellt sind als Besitzer von Geldwerten. Deshalb ist eine veränderte Neuveranlagung in Aussicht genommen. Die Körperschaften als Erwerbsgesellschaften sollen für die nächsten 10 Jahre noch zu einer Abgabe von 1 1/2 Prozent des steuerfähigen Vermögens herangezogen werden. Man erwartet davon einen Betrag von 7 bis 8 Milliarden.

Der Gedanke der Beteiligung des Reiches an den Industrieschmelzen wird erwogen.

Wenn dieser Weg in der Form beschritten werden sollte, daß das Reich Anteilnehmer der Fabriken nimmt, wodurch den Werken keine fähigen Mittel entzogen würden, so müßten natürlich andere auf die Erwerbsgesellschaften bezüglichen Steuern sinngemäß geändert werden. Dieser Gedanke wird aber erst im Herbst zur Beratung gestellt werden können. Eine sehr bedeutende Vermehrung der Reichseinnahmen wird durch die geplante Verbesserung der Steuererhebung erwartet. Die geplanten Steuererhöhungen des Reiches können bei ebenfalls sehr beträchtlicher Erhöhung der Durchschneidung der geplanten Steuererträge im ganzen mit 80 Milliarden bemessen werden.

Mag auch die Liebe weinen...

Roman von Fr. Lehne.
Copyright 1913 by Grelner & Comp., Berlin W 30.

Die Nachricht von dem Tode des kleinen Ottomar Altvorden hatte sie ganz aus der Fassung gebracht. Vor drei Tagen war Boris Brief, der dies meldete, eingetroffen, und in diesen drei Tagen hatte sie kaum gegessen, getrunken oder geschlafen. „Es ist Gottes Gericht, Erich, mein Sohn!“ Ihre Augen hatten unheimlich gesunkelt. „Gottes Gericht. Siehst Du nicht seine strafende Hand? Erich, jetzt ist der Weg zur Höhe für Dich frei geworden. Das Glück wird doch kommen!“

„Niemals, Mutter!“ rief er gequält.

Was bedeutete das jetzt noch für ihn, da sein Glück längst in Trümmern gefallen war —

Er pffte seinem Hund, warf das Gewehr über die Schulter und durchschritt den Hof, gepeiniget von seinen Gedanken. Nein, das Glück kam nicht mehr zu ihm — das hatte ihn hohnlachend genarrt!

Wenn er daran dachte, ballte er jedesmal die Hände, und siedenheiß stieg ihm das Blut ins Gesicht.

Jutta von Eggert verlobt! Verlobt mit dem Leutnant Mag von Hellwig!

Wie hatte sie ihm das antun können?!

Für einen schlechten Scherz hatte er es gehalten — aber wer sollte sich einen solchen mit ihm erlauben —

Zufällig hatte er es im Dorf erfahren, das voll von der Neugier war: am Geburtstag des Rittergutsbesizers von Hellwig war die Verlobung beim Abendessen laudgegeben worden. Endlich, man hatte es ja längst erwartet!

Ein Glück war es, daß ihm die Mitteilung des Oberförsters am nächsten Tage nicht mehr überraschend kam; er hätte sich längst verraten!

So hatte er es über sich bringen können, in ruhigem Tone seine Glückwünsche auszusprechen und auch mit ihm auf das Wohl des Brautpaares anzustoßen.

Jutta hatte nicht vermutet, ihn an diesem Vormittag schon zu sehen; ahnungslos betrat sie des Vaters Arbeitszimmer. Der freundliche Morgenrösch erstarrte bei Erichs Anblick auf ihren Lippen. Sie wurde weiß wie das Kleid, das sie trug.

„Wir trinken eben auf Dein Wohl, Krabbel!“ rief der Oberförster froh gelaunt, „hast Du endlich ausgeschlafen?“

Erich Berger verneigte sich vor ihr.

„Meinen unterwürdigsten Glückwunsch, gnädiges Fräulein!“ Seine Stimme klang spröde, und mit einem messerscharfen, verächtlichen Blick suchte er ihr Auge, das über am Boden irrte. Und dann sah er sie nie mehr an.

Trotz er sie, glitt sein Blick bei seinem bösslichen Gruß an ihr vorbei. Sie fühlte keine Berührung, und sie litt darunter, trotzdem sie es sich nicht eingestehen wollte.

Wenn er ihr Vorwürfe gemacht, sie zur Rede gestellt hätte, sie wäre nicht um Ausreden und Entschuldigungen verlegen gewesen, aber dieses verächtliche Schmelzen — sie ertrug es nicht. Das konnte sie nicht mit einem Abschlucken abtun, mit einem leichtfertigen — „Nah, was kümmert's mich noch!“ — Er muß doch einsehen, daß ich einen Untersförster mit eintaufenddreihundertundfünfzig Mark Gehalt nicht betrauten kann! — Das wiederholte sie sich täglich. — Und wenn er es nicht begreifen will, kann ich ihm auch nicht helfen! Ich kann mich doch nicht lächerlich vor der Welt machen!

Aber ihr Herz schrie nach ihm. Mit Widerwillen bildete sie die Köpfe ihres Verlobten, seine Zärtlichkeiten. Mit jedem Tage wurde er ihr unangenehmer. War sie denn ganz von Sinnen gewesen, daß sie sich so schnell hatte einschüchtern lassen?

Wie ein wüster Traum kam ihr das alles manchmal vor: sie glaubte noch an frohes Erwachen, wenn sie erwartungsvoll und sehnsüchtig den Wald durchschritt, um den Geliebten zu treffen und Gruß und Kuss mit ihm auszutauschen...

Sie suchte Erich Bergers Wege zu treuen; sie wollte ihn sprechen, ihm alles erklären — eher fand sie keine Ruhe. Doch er beachtete sie nicht; fremd und kalt ging er an ihr vorbei, so daß ihr im letzten Augenblick der Mut sank; das sonst so feste Züngeln verflachte.

Da stampfte sie den Boden, krampfte die Hände in ihr Kleid und schluchzte jäh auf. Und sah mit sehnsüchtigen Augen seiner schlanken, stolzen Gestalt nach.

Erich Berger wußte sich gut zu beherrschen; feiner, und Jutta am allerwenigsten, durfte ahnen, was er in sich niederzukämpfen hatte.

Der Oberförster sprach manchmal zu ihm von dem Brautpaar; wie schwer er sich an den Gedanken gewöhne, die Tochter fortzugeben. Ostern oder Pfingsten nächsten Jahres sollte die Hochzeit sein — man wollte die Beförderung Hellwigs zum Oberleutnant noch abwarten.

Als heinake noch ein Jahr!

Erich preßte die Lippen fest aufeinander. Noch ein Jahr — aber er würde das auch noch überleben...

Einen Augenblick hatte er erwogen, sich verlegen zu lassen, aber dann hatte er doch den Gedanken gleich wieder verworfen. Es hätte nur Fremden herbeigerufen! Und sein Stolz gab es auch nicht zu, vor einem treulosen Mädchen zu fliehen.

Den zweiten Sonntag kam Mag von Hellwig, die Braut zu besuchen, oft im Glanz der Uniform, die seine Erscheinung vornehmlich hob.

Und Jutta war lebhaft, heiter, wichtig wie immer, aber

einem aufmerksamen Beobachter wäre es nicht entgangen, daß das alles nicht ganz echt war, daß da ein fremder Ton mitschwang, der nicht zum Ganzen stimmte. Und in den Nebenlagen lag ein fiebriger, unruhiger Schein.

Sie mußte Erich Berger sprechen: Der Gedanke verzehrte sie heinake; immer mehr verbiß sie sich hinein. Sie konnte keine Berührung nicht länger ertragen... Eines Vormittags, als er aus der Oberförsterei kam, fand sie wieder Gelegenheit, ihm zu begegnen. Nach einem bösslichen, stummen Gruß wollte er an ihr vorbeigehen. Doch sie stellte sich ihm in den Weg.

„Erich.“

Wie ein Hauch fiel sein Name von ihren Lippen — er hatte ihn aber doch gehört! Sein gedräutes Gesicht wurde ganz scholl.

„Erich,“ sie legte die Hand auf seinen Arm und hinderte ihn so am Weiterstreiten.

„Was will die Braut des Barons von Hellwig noch von mir,“ fragte er eisig und trat einen Schritt zurück, so daß ihre Hand von seinem Arm glitt. Hochaufgerichtet stand er vor ihr, und verächtlich bligten seine Augen auf sie herab.

„Nicht diesen Ton — ich bitte.“

„Und ich bitte, gnädiges Fräulein, daß Sie mir den Weg freigeben!“ entgegnete er mit schneidender Stimme. „Sollten Sie wirklich noch ein Anliegen an mich haben, so sprechen Sie mit mir in dem Hause Ihrer Eltern. Hier ist wohl nicht der richtige Ort.“

„Erich,“ wie von einem Peitschenhieb getroffen, war sie zusammengeknickt — „wie kannst Du so grausam sein? — Ohne ein gutes Wort. So laß Dir doch sagen —“ Sie wußte kaum, daß sie ihn noch mit dem alten, traulichen „Du“ anredete. Sein Lachen unterdrückte sie.

„Was hat mir die zukünftige Frau von Hellwig noch zu sagen? Wie kann sie mir den Vorwurf der Grausamkeit machen?“

„Weil ich Dir immer schon habe sagen wollen, warum ich mich verloben mußte — doch Du wachst mir aus.“

„Ich verzichte auch heute auf jede Erklärung, denn keine würde mir einen genügenden Grund für Ihre feige und erbärmliche Handlungsweise geben können.“

Da rief sie jäh und drohend: „Erich, wäge Deine Worte!“

Er zuckte die Achseln. Ein grimmiges Lächeln flog um seinen Mund.

„Ich habe so nicht diese Unterredung gesucht, und — erzwungen! — Doch das eine will ich Ihnen noch sagen, Jutta von Eggert: ich verachte Sie aus tiefer Seele. Diese Berührung wird mir auch helfen, meine trübselige Liebe ganz aus dem Herzen zu reißen.“

(Fortsetzung folgt.)

Aus Stadt und Land.

Mitteilungen für diese Rubrik können wir immer dankbar entgegennehmen.

Wilsdruff, am 7. Juli.

Die neuen deutschen Briefmarken. Man sind sie da, und ein tüchtiger Graphiker hat sie gezeichnet. Aber wenn die alte Germania künstlerisch nicht befriedigte, sie hatte doch wenigstens einen Inhalt. Die neuen Marken haben keine Seele. Sie sind nur Zahlen, und nicht einmal der Wert in Pfennig oder Mark ist mitgeteilt. Sie sind so einfach wie möglich, und doch sind sie nicht einfach genug. Die Kritzelscheiben lassen die Einfachheit vermissen. Die Formen haben etwas Zerstückeltes. Fast ist es so, als wollte man die Zerstückeltheit unserer Zeit zum Ausdruck bringen. Es geht im Zickzack hin und her. Ueber allem steht „Deutsches Reich“, erstreckt sich über die Buchstaben, aber ziemlich düstlich und schwächlich, statt bestimmt und kräftig, und unten ist ein zaghafter Vorbeerfranz angebracht. Man hat gesagt, das sind keine Briefmarken, sondern nur Zählmarken. Sie ähneln den Dienstmarken, aber diese sind noch besser in der Form. — Warum hat man nicht einen der großen Deutschen, etwa Goethe, für die Marke gewählt? Was Amerika hat, hätten wir doch auch tun können. Wir wünschten den Marken mehr Seele, mehr Inhalt, mehr nationales Bewußtsein, mehr künstlerischen Wert.

Die amtlichen Getreidepreise für das Umlegeverfahren. Nach einer Bekanntmachung im „Reichsanzeiger“ werden für das Getreide, das auf Grund der nach dem Gesetz über die Regelung des Verkehrs mit Getreide ausgeschriebenen Umlagen zu liefern ist, den Erzeugern folgende Preise gezahlt: für Roggen 2100 M, für Weizen, Speltz, Emmer und Einkorn je 2300 M, für Gerste 2000 M und für Hafer 1800 M pro Tonne. Ausnahmen von den Vorschriften der Verordnung können zugelassen werden.

Kirchenkonzert in der Johanniskirche in Weichen. Nächsten Sonntag nachm. 3.30 Uhr findet in der Johannis-Kirche in Weichen ein Kirchenkonzert des gesamten Kirchenchores St. Johannis-Weichen unter Leitung des Herrn Prof. Bruno Köhlig und Mitwirkung des Orgelkomponisten Dr. Siegfried Karg-Elert und namhafter Solisten statt. Der Leiter, Herr Prof. Bruno Köhlig, ist der Führer des weltberühmten Köhligquartetts. Sein Chor zählt zu den besten Sachsens. Dr. Siegfried Karg-Elert ist einer der namhaftesten und eigenartigsten Orgelkomponisten, so daß dem Publikum mit gutem Gewissen ein besonders hoher Kunstgenuss versprochen werden kann. Der Anfang des Konzertes ist aus Rücksicht auf auswärtige Besucher so früh angelegt. Ende 5 Uhr.

Die Dresdner Bankräuber. Wie mitgeteilt wird, sind die beiden verhafteten Leute, die neulich den Millionentrub geplant hatten, ein gewisser Jambora aus Pottschappel und ferner ein gewisser Heinrich aus Niederpeterswitz. Der letztere ist ein Bruder des Räubers Heinrich, der den schweren Raub im Rabenberger Konsumverein begangen hatte, und der am 27. Juni vom Dresdner Schwurgericht bereits abgeurteilt worden ist.

Wer führt das Oberschlesische Hilfswort durch? Die Dessenlichkeit wird nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß das Oberschlesische Hilfswort zugunsten der Unterstützungsmassnahmen für die deutsche Bevölkerung Oberschlesiens und der Flüchtlingsfürsorge im Gebiete des Freistaates Sachsen nur von den Vereinigten Verbänden heimattreuer Oberschlesier, Landesgruppe Sachsen, und dem Landesauschuß der Vereine vom Roten Kreuz im gegenseitigen Einvernehmen durchgeführt wird. Nur diesen beiden Organisationen, einschließlich ihren Unterorganen, ist vom Ministerium des Innern die Genehmigung zum Sammeln von Spenden erteilt worden. Die aufkommenden Sammelerträge sind ausschließlich für die Zwecke des Oberschlesischen Hilfsworts Verwendung.

Keine Auslandswaren auf deutschen Bahnhöfen. Wie wir erfahren, hat der Reichsverkehrsminister eine Verordnung erlassen, wonach keine Auslandswaren in den deutschen Bahnhofs-Gastwirtschaften mehr verkauft werden dürfen.

Die Gerichtsferien beginnen am 15. Juli. Die Arbeit der Gerichte erfährt während dieser Zeit nur eine unbedeutende Einschränkung, wie sie die Paragraphen 202 und 204 des Gerichtsverfassungsgesetzes vorschreiben.

Die Sonntagstrube in Sachsen. Sowohl vom sächsischen Ministerium des Innern, als auch von der Kreisbauernschaft Zwidau war der Handelskammer Plauen der Referentenentwurf eines Gesetzes über die Sonntagstrube für den Freistaat Sachsen zur gutachtlichen Äußerung übermittelt worden. Bei näherer Durchsicht stellt die Handelskammer fest, daß Industrie und Handel von den in Aussicht genommenen Bestimmungen in erheblichem Maße nicht berührt werden. Gleichzeitig kam die Kammer aber zu der Ueberzeugung, daß ein weiterer Ausbau der reichsgesetzlichen Bestimmungen, also von Landes- und nicht von Reich wegen, als ungewöhnlich angesehen werden muß. Unverkennbar schneiden solche Bestimmungen tief in das Berufs- und Erwerbseben eines Landes ein, weshalb es nach der Ansicht der Handelskammer keinesfalls angängig erscheint, für Sachsen allein derartige Vorschriften zu schaffen. Angesichts der ungelärten politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse dürfte überdies der Zeitpunkt hierfür überhaupt noch nicht gekommen sein.

Die Gasversorgung Sachsens bedroht. Von zuständiger Stelle wird auf die schwere Gefahr, die der Gasversorgung Sachsens droht, aufmerksam gemacht. Sachsen besitzt 125 Gasanstalten von sehr verschiedenen Größen und Leistungsabfaktoren, die auch einen großen Teil der Industrie mit versorgen. Infolge des Ausbleibens der ober-schlesischen Kohle ist nun die größte Gefahr, nämlich für den Winter, entstanden. Die sächsischen Gasanstalten erhalten 25 Prozent der gesamten Kohlenmenge aus Oberschlesien. Bisher ist schon ein Ausfall von 30 000 Tonnen zu verzeichnen, er erhöht sich monatlich um weitere 15 000 Tonnen. In den Wintermonaten wird ein Zustand eintreten, der schlimmer als der der Vorjahre sein wird, da die Gaswerke fast ausnahmslos ohne Vorräte in den Winter gehen. Findet die ober-schlesische Frage nicht bald eine Lösung zugunsten Deutschlands, so ist die Gasversorgung Sachsens in Zukunft fast gesichert, da auch aus dem Ruhrgebiet auf nennenswerte Lieferungen nicht zu rechnen ist, denn dort werden die meisten Kohlen von der Essente beansprucht.

Der Hansabund gegen das neue Fernspreckgebühren-gesetz. In einer Eingabe an den Reichstag hat der Hansabund die Meinungen seiner Unterorganisationen und Einzelmitglieder zu dem Entwurf eines neuen Fernspreckgebühren-gesetzes zusammengefaßt und kommt darin zu dem Schluß, daß die neuen Gebühren als eine zu starke Belastung, besonders des kleinen Geschäftsmannes, anzusehen seien. Namentlich die Einführung von Gesprächsgebühren, zur Deckung des Defizits der Post wird allseitig unter der vom Reichstag empfohlenen „Berücksichtigung nach wirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkten“ vorgeschlagen eine Erhöhung der Einrichtungs-, Miet- und Pauschalgebühren und der einmaligen Abgabe, eine höhere Belastung der Privatanschlüsse vor den Geschäftsanstalten, höhere Gebühren für Nachtgespräche, Vergütung ausgeführter Reparaturen, Einführung der ausschließlich automatischen Verbindung, endlich besonders eine Vereinfachung der Verwaltung und eine Verminderung des Beamtenbestandes. Der Hansabund ist der Meinung, daß durch die neuen Maßnahmen des Reichspostministeriums den

stehende wurden verwundet. Die bisherige Untersuchung weist auf die Möglichkeit eines verbrecherischen Anschlages hin, da die Schienen an mehreren Stellen geladert waren.

Luftfahrzeuge mit Fernsprechern. Im britischen Unterhause erklärte ein Regierungsvertreter auf Verfragen, bei den Versuchen, Luftfahrzeuge mit Telephonie auszurüsten, seien bis heute gute Fortschritte erzielt worden. Es sei jedoch nicht erwünscht, daß Einzelheiten mitgeteilt würden.

Fünf Millionen Mark für ein Kloster. Das der preussischen Regierung gehörige Kloster Gräbhu, dessen Kirche eine der schönsten Kirchen Schlesiens ist, ist an den Orden der Benediktiner verkauft worden. Der Kaufpreis soll fünf Millionen Mark betragen.

Ein Nachtrag zum Eisenbahntarif für die Personen- und Gepäckbeförderung ist dieser Tage erschienen. Er enthält eine Reihe von wichtigen Bestimmungen, die am 1. Juli auf den Reichseisenbahnen zur Einführung gelangt sind. Die wichtigste von diesen Bestimmungen ist die Ausdehnung der Fahrpreisermäßigung bei Reisen mittelgroßer Kräfte, zu denen nun auch die Reisen von Krüppeln (zur Ausnahme in Krüppelfürsorgefällen) gerechnet werden. Auch in der Beförderung von Gepäckgut sind Änderungen eingetreten.

Der Reiseverkehr nach Bayern. Die Sondermaßnahmen des bayerischen Freistaates gegen nichtbayerische Reisende werden gegenwärtig vom Reich einer Nachprüfung unterzogen. Es soll festgestellt werden, inwieweit der bayerische Fahrzwang für nichtbayerische Reichsangehörige mit der Reichsverfassung zu vereinbaren ist.

Verhaftung einer russischen Fürstin. In Frankfurt a. M. wurde in diesen Tagen eine Dame, die im Auftrag eines französischen Offiziers gewisse Papiere von Frankfurt abholen wollte, verhaftet. Augenscheinlich handelt es sich um Dokumente, deren Geheimhaltung im Interesse der Landesverteidigung geboten erscheint. Die Dame war an einen Schutzpolizisten mit einer in Aussicht gestellten hohen Belohnung wegen Lieferung der Papiere herangetreten. Der Polizist ging anscheinend auf das Angebot ein und veranlaßte dann die Festnahme. Die Verhaftete wurde als russische Fürstin Schatowstaja, die früher mit einem Deutschen verheiratet war, geschieden wurde und wieder ihren Mädchennamen angenommen hat, entlarvt.

Neueste Meldungen.

Verurteilung Holzdieber.

Karlsruhe. Das Schwurgericht hat das Urteil gegen die Holzdieber Fries und Schönes gefällt. Die Angeklagten hatten Ausführungsbewilligungen des Reichskommissars für Ein- und Ausfuhr gefälscht und mit deren Hilfe etwa 50 000 Kubikmeter Holz im Werte von 3 800 000 holländischen Gulden nach Rotterdam verschifft. Ein Angeklagter wurde zu 2 1/2 Jahren Gefängnis, fünf Angeklagte zu sechs Monaten bis zu einem Jahre Gefängnis verurteilt. Ein Angeklagter wurde freigesprochen.

Angestrichene Verhaftung Krakau.

Warschau. Der „Kard“ veröffentlicht ein Extrablatt, worin es heißt: Einem Telegramm aus Helsinki zufolge wurde Trotski in Moskau verhaftet und der Kram befehligt. Verhaftung gab der selbstherrliche Drang Trotski. (Eine Bestätigung der Meldung des polnischen Blattes von anderer Seite liegt nicht vor.)

Spanische Kämpfe mit Kaisal.

London. Aus Tanger wird gemeldet, daß die spanischen Streitkräfte den Stützpunkt Kaisal in dem Gebiete von Beni Bros, 4 Meilen von Tanger, zu umzingeln suchen. Kaisal, der ein bedeutendes Heer aufgebracht habe, leiste energischen Widerstand. Die Spanier hätten nach amtlichen Meldungen in der vergangenen Woche die einzigen Zusammenstoß neun Offiziere und achtzig Mann an Toten und Verwundeten verlor.

Internationale Arbeitsberatungen.

Stockholm. Die Mitglieder des Internationalen Arbeitsrats trafen hier ein. Auf die Einladung der schwedischen Regierung sind, außer Deutschland, Frankreich, England, Belgien, die Schweiz, Italien, Spanien, Polen, Japan und Dänemark vertreten. Die deutschen Vertreter sind der Gewerkschaftsführer Leibart, Ministerialrat Leymann, Regierungsrat Kuttig.

Der Ausfall in Persien.

London. Der Telegraphen Korrespondent der „Daily Mail“ meldet: Der Ausfall in Nordpersien dreht sich aus. Der Führer der Aufständischen in der Kaspien Provinz Wacandaran bemüht sich, die Türken zum Anschluß an die Revolution zu bewegen, die Astrabad bebrochen. Die Truppen von Kaschkan Aban, des Führers der persischen Bolschewisten, habe Masula, nordöstlich von Semiran, besetzt und sollen in Richtung Kachwin vorrücken. Die ganze Aufstandsbevægung in Nordpersien ist offenbar von dem Vertreter der russischen Regierung geleitet worden. Alles deutet darauf hin, daß die Bolschewisten versuchen, Persien zu einer Sowjetrepublik zu machen.

Rechte Drahtberichte

des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Betriebsräte und Kommunisten.

Lübeck, 7. Juli. (u.) Hier wurde eine Generalversammlung der Betriebsräte durch Kommunisten gestoppt. Gleich zu Beginn der Versammlung brachten die Erwerbslosen Anträge ein, die auf Aenderung der Tagesordnung hinausliefen. Diese Anträge sollten in einer anderen Betriebsratsversammlung behandelt werden. Darauf erhob sich, wie auf Kommando, fürchterlicher Lärm und als der Redner des Abends sein Schlußwort halten wollte, steigerte sich der Lärm dergestalt, daß der Vorsitzende die Versammlung schließen mußte. Die Tribünenbesucher eilten in den Saal und der kommunistische Parteiführer versuchte darauf eine neue Versammlung zu eröffnen.

Die Getreideversorgung Belgiens.

Brüssel, 7. Juli. (u.) Aus einer Mitteilung der belgischen Regierung geht hervor, daß der Staat seit April 1919 bei der Getreideversorgung Belgiens nicht weniger als 400 Millionen Franken zugelegt hat.

Ein Hindernis für den Waffenstillstand in Irland.

London, 7. Juli. (u.) Einem Waffenstillstand in Irland steht das Hindernis entgegen, daß die Patens die Kampfgruppen der Sinnfeiner nicht in der Hand hat.

Amerika und der „Friedensvertrag“ mit Deutschland.

Washington. In hohen politischen Kreisen wird erklärt, daß der Staatssekretär Hughes sich dafür einsetze, alle wirtschaftlichen Bestimmungen aus dem Versailler Vertrag zu streichen, um ihn dann in dieser Form als Grundlage für einen Friedensvertrag mit Deutschland anzunehmen. Der „New York Herald“ meldet, Staatssekretär Hughes ist der Ansicht, daß die Ratifizierung eines bereinigten Versailler Vertrages der einzig gangbare Weg für die Vereinigten Staaten sei, um die Beziehungen zu Europa zu regeln. Da die Knox-Porter-Resolution die Aufrechterhaltung aller von Amerika erworbenen Rechte proklamiert, so wird erklärt, daß der Versailler Vertrag als Grundlage für Verhandlungen dienen könnte, um einen Friedensvertrag mit Deutschland abzuschließen.

Der laufende Bedarf des Reiches allerdings, und zwar ohne Berücksichtigung des außerordentlichen Etats, würde sich auf rund 100 Milliarden stellen. Es besteht also noch eine erhebliche Spannung zwischen Einnahmen und Bedarf. Dafür wird immer anderen ebenfalls wieder die Kohle herangezogen werden müssen. Wenn wir unser Steuersystem weiter ausgebaut haben, führt der Kanzler fort, werden wir, allerdings erst in gewisser Zeit, zu der besten Stätte unserer Finanzreform gelangen, zu der endgültigen Stabilisierung unserer Wirtschaft. Gerade die sozial schwachen Schichten der Bevölkerung leiden am meisten unter der Geldentwertung. Wir haben den ersten Willen, den Ausbau unseres Steuersystems vorzunehmen. Dieser Ausbau ist aber an gewisse Voraussetzungen geknüpft. Diese Voraussetzungen sind:

1. Mäßige Behandlung des deutschen Volkes und pflegliche Behandlung der deutschen Wirtschaft.

Der Reichskanzler erinnerte dann an die Note der Garantienkommission, und zwar an die Stelle, in der davon die Rede ist, daß die deutsche Valuta festzuhalten sei und daß in dem deutschen Reichsbankhaushalt das Gleichgewicht hergestellt werden muß durch Einschränkung der Ausgaben und Vermehrung der Einnahmen.

Als notwendige Voraussetzung für unsere Leistungsfähigkeit bezeichnete der Reichskanzler schließlich die Aufhebung der Zensuren am Rhein und eine für Deutschland günstige Lösung der ober-schlesischen Frage.

Nur wenn die Garantienkommission auch den Alliierten gegenüber betont, daß die schweren Klagen um deutschen Volkstörper sich schließen müssen, bevor dieser Volkstörper im Lande ist, daß Maß von Steuern anzubringen, das man von ihm verlangt, können wir zu einer Geländung kommen. (Zehnwörter Beifall.)

Stürmische Szenen in der Aussprache.

Der Abg. Trimborn (Zentr.) gab eine kurze Erklärung ab, in der er auf die Bedeutung der soeben gehörten Ausführungen des Reichskanzlers hinwies.

Abg. Dr. Helfferich (Deutschnat.) sagte, die Erpressung durch die Forderungen und das gleichzeitige Verlangen, das deutsche Volk solle Unsummen von Steuern aufbringen, sei unerbittlich in der Geschichte. Seit den Tagen von Naribago nicht mehr dagewesen.

Bei dem Worte „unerbittlich“ geriet die gesamte Linke in große Erregung. Die Urrede wurde darauf, daß dem Redner das Wort einfach abgehandelt war.

Unisono bemühte sich der den Vorsitz führende Vizepräsident Dr. Reß, dem Redner Ruhe zu verschaffen. Immer wieder rief die Linke, indem sie mit den Fingern auf den Redner wies, daß gerade Dr. Helfferich nicht berufen sei, hier in einer solchen Frage zu sprechen, und als der Vorsitzende ermahnte, Ruhe zu halten, und dabei erklärte, daß der Redner unter seinen Schuhen stehe, rief der Abg. Bogner (U. Soz.) dem Vizepräsidenten zu: „Unter Ihrem Schuße soll er hängen!“

Abg. Dr. Helfferich schloß seine Ausführungen damit, daß er erklärte, das Ultimatum kann nicht erfüllt werden, und es gibt niemanden, der die Mittel angeben könnte, wie es sich erfüllen ließe. Es kann auch auf der Regierungsbank niemanden geben, der im Grunde das Ultimatum für erfüllbar hält. Unsere Aufgabe müsse es sein, die Welt von der Unerfüllbarkeit des Ultimatus zu überzeugen, und diese Ueberzeugung muß vor allem in Deutschland wach werden. Was wir erstreben müssen, ist die Befreiung des Ultimatus. Als der Redner die Tribüne verließ, wurde er von der Rechten mit lärmlichem Beifall und mit Säbelknallen begrüßt.

Abg. Reil (Soz.) erklärte sich rundweg mit den Ausführungen des Reichskanzlers einverstanden und wandte sich dann sehr nachdrücklich gegen den Abg. Dr. Helfferich, der als Kriegsschlichter unter seinen Umständen geeignet sei, hier in einer solchen Angelegenheit zu sprechen.

Diese und die weiteren Ausführungen des Abg. Reil gaben der Rechten zu stürmischen Unterbrechungen Veranlassung. Der Redner ging dann auf die Einzelheiten des von dem Reichskanzler entwickelten Steuerplanes näher ein.

Nah und Fern.

Verhandlungen zwischen Belgien und Deutschland über Kriegsverträge. Abgeordnete des deutschen und des belgischen Kriegsministeriums sind zusammengekommen, um über die Ausgrabung der in Belgien begrabenen deutschen Soldaten und der in Deutschland begrabenen belgischen Soldaten und Bürger zu beraten. In Belgien sind 122 000 Deutsche, in Deutschland 2200 Belgier begraben. Von deutscher Seite wurde, wie belgische Blätter berichten, entgegen, daß man nicht über die Mittel zur Überführung nach dem Vaterland verfüge. Die Belgier erklärten danach, daß vor dem Abschluß einer Vereinbarung kein einziger Deutscher übergeführt werden dürfe und der Zustand der Gräber unverändert bleiben müsse.

Wieder Oktoberfest. Vom 17. September bis 2. Oktober wird in München das Oktoberfest in seinem vollen Umfange wie vor dem Kriege stattfinden. Auch die landwirtschaftliche Ausstellung, die stets mit dem Oktoberfest verbunden war, soll zu neuem Leben erheben.

Abbruch einer Baradenstadt. Die Rematwerke, die unter dem mitteldeutschen Wärgaustrub besonders zu leiden hatten, haben beschlossen, infolge des Verhaltens der Arbeiter während des Anstrubs ihre Baradenstadt, die vielen Tausenden von Arbeitern zur Wohnung diente und die mit Bäderanlagen und anderen sanitären Einrichtungen ausgestattet war, vollständig zu beiseite zu lassen. Die Arbeiter mehr auf dem Werk selbst wohnen soll. Mit dem Abbruch ist bereits begonnen worden.

Ein Armeedefest über deutsch-amerikanische Heiraten. Ein Armeedefest des amerikanischen Kommandos in Koblenz, der sich mit der Heiratsverbindung der amerikanischen Soldaten befaßt, bestimmt, daß die Erlaubnis nur nach einer Prüfung des Charakters der Erwoählten erteilt werden darf. Die Prüfung muß ergeben, daß gegen das deutsche Mädchen nichts einzuwenden ist. Der beiratsfähige Amerikaner muß außerdem 100 Dollar hinterlegen, die die Kosten der Amerikareise seiner zukünftigen Frau decken sollen. Nur die höheren Dienstgrade dürfen ihre Frauen in Deutschland bei sich behalten.

Rubinslein fordert Capablanca heraus. Der russische Schachmeister Rubinslein hat an Capablanca, den Besieger Dr. Laskers, eine Herausforderung zu einem Kampf um die Weltmeisterschaft im Schachspiel gerichtet. Die beiden Meister haben früher schon einmal zwei Partien gespielt, von denen Rubinslein eine gewonnen hat, während die andere unentschieden blieb.

Laskers Heimkehr. Der Schachmeister Dr. Lasker, der, wie man weiß, in Havanna auf Kuba in dem Kampf um den Weltmeisterschaftstitel von Capablanca besiegt worden ist, hat auf der „Olympia“ die Heimreise angetreten. Er soll während der Überfahrt nach Deutschland ein drahtloses Schachspiel arrangiert haben.

Großfeuer in einem Elektrizitätswerte. Im Elektrizitätswert Göttingen L. Thür. brach am 6. Juli ein ungeheures Feuer aus, das einen Teil des Werkes einäscherte. Durch den Brand sind zahlreiche industrielle Betriebe, die an das Werk angeschlossen sind, vorläufig stillgelegt.

Ein Erpreßung entwirrt. Der Erpreßung Amsterdams-Paris entgeht bei dem Versteigen der Wagen und Brause Decore. Der erste Nachwagen und der Postwagen wurden förmlich zerpfiffert, die übrigen Wagen entließen.

Fortsetzungen des Reichstags, die wirtschaftliche und soziale Seite der Kostenerhöhung zu berücksichtigen, nicht entsprochen worden ist.

Die Bautätigkeit in Sachsen im Mai 1921. Für Neubauten mit Wohnungen wurden 234 Baugenehmigungen (gegen 182 im April) erteilt, und zwar in den Kreisbauhauptschloßen Bautzen 12, Chemnitz 65, Dresden 78, Leipzig 60 und Zwickau 19. Diese 234 Neubauten, von denen 229 auf neuer Baustelle errichtet werden, sollen insgesamt 700 Wohnungen enthalten. Außerdem wurden 93 Baugenehmigungen (gegen 107 im April) für Um-, An- oder Aufbauten mit insgesamt 145 Wohnungen erteilt, von denen 10 Rot- und Behelfsbauten mit 14 Wohnungen sein werden. Ausgeführt wurden 75 Neubauten mit 229 Wohnungen (gegen 131 Neubauten mit 308 Wohnungen im April). Durch ausgeführte Um-, An- oder Aufbauten wurden 317 Wohnungen gewonnen, darunter 227 in Rot- und Behelfsbauten.

Der Soatenstand in Sachsen. Nach einer amtlichen Uebersicht über den Stand der Soaten in Sachsen Anfang Juli dieses Jahres ist folgendes Ergebnis festzustellen: Winterweizen gut, Sommerweizen, Wintergerste, Sommergerste, Hafer, Rüben, Klee und Binsen gut bis mittel, Raps, Flachs und Kartoffeln mittel. Die Winterbalmfrüchte stehen im allgemeinen gut, sie sind aber durch die läbliche Witterung etwas in der Entwicklung zurückgeblieben; auch hat die Nässe hier und da der Blüte geschadet. Die Größe der Ernte ist, läßt sich zur Zeit noch nicht beurteilen. Gewittergüsse haben in den dichter bestandenen Winterroggenfeldern teilweise Lager verursacht, während sich der Winterweizen im großen und ganzen widerstandsfähiger erwiesen hat. Letzterer ist aber etwas von Frost befallen. Gerste und Hafer haben infolge der erst herrschenden Trockenheit und der nach dieser eintretenden Kälte mitunter schlecht geerntet, die reichlichen Niederschläge in den letzten Tagen des Berichtsmontats haben aber in etwas Besserung gebracht. Der Flachs ist durch Erntelücke sehr geschädigt worden; die Felder mußten zum Teil umgepflügt und mit anderen Früchten bestellt werden. Die Kartoffeln sind sehr verschieden bestanden. Nicht nur der alte abgebaute Samen, sondern auch der neuzugelaufte hat stellenweise nicht die rechte Keimkraft und es zeigen sich lädenhafte Bestände; dazu kommt noch, daß sich die Blattrollkrankheit infolge der nächtlichen Bitterung wieder häufig bemerkbar macht. Die Rüben leiden etwas unter Drahtwurm und Wurzelbrand. Dem zweiten Schnitt Klee fehlt die Wärme. Die Heuernte geht nur langsam von statten; es ist noch viel Futter einzuwerben. Die fortwährenden Niederschläge erschweren das Einerntung ungemein und machen das Futter minderwertig. Für das Einbringen des Dürrfutters und für die Weiterentwicklung der Feldfrüchte wäre nunmehr warmes und trockenes Wetter sehr erwünscht.

Burgwitz. Das Ministerium des Innern hat die von den Gemeinden Burgwitz und Kiebersheimsdorf gewünschte Verzeichnung der beiden Orte unterm 1. Juli 1921 genehmigt. Auf Grund seines geschichtlichen und historischen Ursprungs wurde als Ortsname die Bezeichnung „Burgwitz“, die zu den ältesten Ortsnamen gehört, gewählt. Burgwitz ist urkundlich schon 1206 erwähnt. Durch den schon vor Jahrzehnten

erfolgten Zusammenschluß der früher selbständigen Gemeinden Kiebersheimsdorf und Hammer mit Burgwitz hat sich der Ort gut entwickelt. Durch den jetzt vollzogenen Zusammenschluß der gleichgroßen Gemeinden Burgwitz und Kiebersheimsdorf hofft man, dem Ort die Möglichkeit zu weiteren guten Aufstiege zu geben. Mit der Führung der Amtsgeschäfte ist Gemeindevorstand Zwingerberger in Burgwitz betraut worden.

Jochkau. Die Kreuzotter scheint in diesem Jahre wieder stark aufzutreten. Wie gefährlich der Biß dieses Tieres ist, zeigt ein hier dieser Woche vorgekommener Fall. In der Annahme, eine Ringelnatter gefangen zu haben, beschäftigte sich ein junger Mann mit dem Tier so unvorsichtig, daß er in die Hand gebissen wurde. Die starke Geschwulst, die sofort eintrat und sich schnell über den ganzen Arm ausbreitete, machte seine Ueberführung in die Heilanstalt nötig.

Obbau. Eine unangenehme Ueberraschung haben die Störungen im Dürrensdorfer Quellgebiet der Stadt gebracht. Dort war beim Reinigen eine Bürste im Rohr stecken geblieben, die die Hauptwasserader der Stadt abspernte und so empfindlichen Wassermangel herbeiführte. Für deren Beseitigung wurden 4000 M bewilligt. Bei den Arbeiten stieß man aber auf eine außerordentlich starke Quelle, die die Arbeiten sehr erschwerte, so daß heute an Sachschaden schon 70 000 M Ankosten erwachsen sind, da u. a. drei Monate hindurch Tag und Nacht Wasser abgepumpt werden mußte. Auf diese Weise ist aber die Stadt, die seit Jahren an Wassermangel litt und sich um Erschließung, Enteisung und Anlauf von Quellen bemühte, zu einer Quelle gekommen, die sie aller Not enthebt.

Schwarzenberg. Durch Verordnung des Ministeriums des Innern ist die Auflösung des Stadtverordnetenkollegiums und eine Neuwahl auf Grund neuer Listen im August verfügt worden. In der Zwischenzeit wird eine von der Kreisbauhauptschloß Zwickau zu berufende Körperschaft die Geschäfte des Stadtverordnetenkollegiums ausüben. Die bürgerlichen Mitglieder hatten vor längerer Zeit ihre Ämter niedergelegt, wodurch das Kollegium beschlußunfähig wurde, aber ruhig weitere Sitzungen abhielt und Beschlüsse faßte.

Gerodorf (Bez. Chemnitz). Für die Hinterbliebenen der Opfer des Delsnitzer Grubenunglücks gingen beim Gewerkschaftsamt insgesamt 345 745 M ein, wovon bisher neben Kindergeld usw. jeder Witwe monatlich 62,50 M ausbezahlt wurden.

Schöffengericht Wilsdruff

Sitzung Mittwoch den 6. Juli vormittags 9 Uhr.

Verhandlungsleiter: Herr Gerichtsrat Dr. Schaller, Schöffen: die Herren Fischer, Hehl und Privatrat W. Sch. Wilsdruff. Weil bei einem Dienstfnecht aus dem verlockten Koffer in dessen Kammer 2 Fünfsigmarische gestohlen hatte, wurde die Dienstmagd H. in R. zu 1 Woche Gefängnis verurteilt. — Mit 10 M Geldstrafe büßte Frau S. in T. ein Vergehen gegen die Reichsgetreibeordnung. — In einer Privatklagesache der Frau P. in Bl. gegen A. P., dessen Frau und dessen Mutter

wegen Körperverletzung und Beleidigung verurteilt das Gericht den Angeklagten wegen Körperverletzung zu 30 M Geldstrafe. Da der Vorgang nicht einwandfrei geklärt werden konnte, billigte ihm das Gericht mildernde Umstände in sehr erheblichem Maße zu. Seine Frau erhielt 10 M Geldstrafe wegen Beleidigung, während seine Mutter freigesprochen wurde. Die Widerklage wurde abgewiesen. — Der 13 Jahre alte Schulknabe S. in B. hatte eine Uhr und 200 M gestohlen, die Uhr verschadert und das Geld zur Hälfte für die Reparatur eines Rades verwendet, zur anderen einem Freunde zur Anschaffung einer Luftbüchse übergeben. Das Gericht kam aus formellen Gründen nach § 56 der St. P. O. zur Freisprechung in Verbindung mit der Verfügung der Fürsorgeerziehung. — Der 16 Jahre alte D. in B. hatte im Juni v. J. die beiden auf dem Rittergute Wilsdruff beschäftigten Scholare B. und V. zu betören gesucht, daß sie ihm aus den Düngemittelbeständen des Rittergutes 9 Zentner überließen, die er an den Gutsbesitzer B. in W. zu etwa zwei Drittel des Marktpreises als von einem in einer Düngemittelfabrik beschäftigten Freunde stammend verkaufte. Von dem ca. 1000 M betragenden Erlös erhielten die beiden Scholare je 90 M. Das Gericht nahm Unterschlagung anvertrauten Gutes an und belegte die beiden letzteren mit je 100 M, den D. wegen Anstiftung dazu mit 150 M Geldstrafe, den Gutsbesitzer B. wegen Hehleri mit 14 Tagen Gefängnis.

Dresdner Schlachtviehmarkt am 6. Juli.

Auflieb: 1. Rinder: a) 109 Ochsen, b) 120 Bullen, c) 159 Kalben und Röhre, 2. 544 Kälber, 3. 118 Schafe, 4. 1129 Schweine. Verkauf für Lebens- und Schlachtgewicht: a) Ochsen: 1. vollfleischige, ausgewässerte höchsten Schlachtwertes bis zu 8 Jahren 700 bis 750, 1800 bis 1850, 2. junge fleischige, nicht ausgewässerte, ältere ausgewässerte 500 bis 600, 1000 bis 1200, 3. mäßig genährte junge, gut genährte ältere 250 bis 400, 600 bis 900, 4. gering genährte jeden Alters — bis — bis —, b) Bullen: 1. vollfleischige, ausgewässerte höchsten Schlachtwertes 600 bis 700, 1150 bis 1200, 2. vollfleischige jüngere 450 bis 550, 900 bis 1100, 3. mäßig genährte längere und gut genährte ältere 300 bis 400, 750 bis 900, c) Kalben und Röhre: 1. vollfleischige, ausgewässerte höchsten Schlachtwertes 700 bis 750, 1300 bis 1350, 2. vollfleischige, ausgewässerte Röhre höchsten Schlachtwertes bis zu 7 Jahren 500 bis 600, 1000 bis 1200, 3. ältere ausgewässerte Röhre und gut entwickelte jüngere Röhre und Kalben 250 bis 450, 650 bis 900, 4. gut genährte Röhre und mäßig genährte Kalben — bis — bis —, Kälber: 1. Doppelpönder — 2. beste Mast- und gute Saugfäher 700 bis 750, 1150 bis 1250, 3. mittlere Mast- und gute Saugfäher 550 bis 650, 950 bis 1150, 4. geringe Kälber 450 bis 500, 800 bis 900, Schafe: 1. Mastlamm und jüngere Mastlamm 825 bis 725, 1175 bis 1275, 2. ältere Mastlamm 475 bis 525, 1075 bis 1125, 3. mäßig genährte Hammel und Schafe (Werschafe) 250 bis 400, 850 bis 1025, Schweine: 1. vollfleischige der feineren Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis 1 1/2 Jahr 1150 bis 1200, 1550 bis 1600, 2. Fett Schweine 1200 bis 1300, 1800 bis 1700, 3. fleischige 1000 bis 1100, 1450 bis 1550, 4. gering entwickelte — bis — bis —, 5. Sauen und Eber 950 bis 1150, 1850 bis 1950. — Tendenz des Marktes: Rinder und Schweine langsam, Kälber und Schafe mittel.

Für die uns beim Heimgangs unseres teuren Entschlafenen bewiesene große Liebe und Berechtigung und für die wohlthuende Anteilnahme an unserem schweren Leide sagen wir hierdurch

innigsten Dank.

Oskar Beyrich

im Namen der übrigen Hinterbliebenen.

Herzlichen Dank

allen denen, die uns am Tage unserer Hochzeit durch schöne Geschenke und gute Wünsche ehrten. Herzlichen Dank dem Männergesangsverein „Sängerkreis“ für den herrlichen Gesang in der Kirche.

Wilsdruff, am 6. Juli 1921.

Otto Schumann, Fleischermstr., u. Frau
Elsa geb. Wagner

Gasthof Klipphausen.

Sonnabend den 9. Juli



Groß. Bergnügen

vom Jugendverein „Edelweiss“
besteh. in Ball, humor. Vorträg., u. a. m.
Anfang 6 Uhr.

Büße herzlich willkommen. Der Vorstand.

Kasino Helbigsdorf

Sonntag den 10. Juli

Stiftungs-Ball.

Anfang 6 Uhr.

Hierzu ladet ergebenst ein Der Vorstand.

Sommersprossentod!
Hautfleckenmittel „Kofedol“ entfernt sämtliche Hautunreinigkeiten, besonders Sommersprossen, nichtstettend, desinfiziert. Fl. 12 M. — gegen Nachnahme.
Effe Marie Blumberg, Hannover. Postfach 211.

Sonntag den 10. Juli nachmittags 1/2 4 Uhr Johanneskirche Meissen Kirchen-Konzert

des gesamten Kirchenchores St. Johannis, Leipzig
unter Mitwirkung des Orgelkomponisten
Dr. Sigfrid Karg-Elert und namhafter Solisten.
Leitung: Prof. Bruno Röthig.

Preise der Plätze 3—10 Mark. Vorverkauf: Mosche's Buchhandlung, Elbstrasse; Zigarrenhaus König am Bahnhof; vor dem Konzert am Kircheneingang.

Bezirksausschuß des Handwerks für Stadt und Amtshauptmannschaft Meißen

mit Lommahsch, Rossen und Wilsdruff.

Einladung

Jahreshauptversammlung

Montag den 11. Juli nachmittags 1/2 3 Uhr
im „Ratskeller“ zu Lommahsch.

Tagesordnung:

1. Eröffnung durch den Vorsitzenden Herrn Eislerobermeister Stadtrat Vorkner-Meißen.
2. Bericht über Entwicklung der Geschäftstätigkeit. Obermeister Klossche-Meißen.
3. Kassenericht auf das Jahr 1920. Herr Schneidermeister Brömmer-Meißen.
4. Vortrag des Herrn Syndikus Weber vom Landesausschuß des sächsischen Handwerks: Die neuen Steuerunterlagen und das Handwerk.
5. Anträge.

Die Mitglieder aller angeschlossenen Innungen, sowie alle Einzelmitglieder werden hierzu eingeladen.

Der Gesamtvorstand.

Obermeister Fr. Klossche, Geschäftsführer.

Jüngerer zuverlässig. Kutscher,

17—19 Jahre alt, für sofort gesucht.

Brauerei Herzogswalde.

Kurt Siering, Potschappel

Tharandter Strasse Nr. 25

Rossschlächtere, Speisewirtschaft u. Pferdegeschäft

Fernsprecher Amt Deuben Nr. 2151

Bei Unglücksfällen mit Transportwagen sofort zur Stelle

Landwirte, schaden sich selbst.

Ich kaufe in der neuen Ernte wieder alle Arten Getreide. Ab 15. 7. 1921 ist der Handel auch hierin bis auf die Umlage frei. Auf die Umlagemenge kann schon jetzt Wintergerste, die voll angerechnet wird, geliefert werden. Für

Ölfrüchte, Heu u. Stroh

zahle ich stets gute Preise. Ich sichere gute Bedienung zu und sende auf Wunsch sofort Fällsätze.

Louis Seidel, Wilsdruff.

Fernruf 10.

Oswald Mensch Nachf.
Inh.: Emil Mensch
Rosseschlächtere, Pferdegeschäft u. Speisewirtschaft
Potschappel, Turnerstrasse 10
Fernsprecher Amt Deuben 735
Bei Unglücksfällen mit Transportwagen sofort zur Stelle.

Wir kaufen jed. Quantum Heu Stroh
auch von der Wiese weg, sowie
und erbiten Angebote
Gehr. Ferch,
Kesselsdorf.

Hammelfleisch
empfiehlt
Richard Breischneider.
Um zu räumen, gebe billig ab
gesäumte Bretter
Balkenbelagen,
Schalbreiter, Jaun-
schwarten u. Latten
Riß. Eckelt,
Holzgeschäft.

Solides, sauberes Mädchen
16—18jährig, zu besserer
Herrschaft nach Dresden zum
15. Juli oder 1. August ge-
sucht. Näheres bei Maler-
meister Rother, Bismarck-
straße 35 g.
Kleiner lediger Mann
als Borgänger
sofort gesucht
Rudolfshof Wilsdruff.